

# Bezirkskonferenz Jusos Unterfranken 2019



Jusos Unterfranken  
Sammelstraße 46R > 97070 Würzburg

An: Delegierte zur  
Bezirkskonferenz, Juso-  
Bezirksvorstand

## Delegiertenunterlagen zur Bezirkskonferenz 2019

Würzburg, 18.02.2019

Liebe Genossin, lieber Genosse,

anbei erhältst Du die Delegiertenunterlagen für die Bezirkskonferenz der Jusos Unterfranken im Jahr 2019.  
Diese findet am

**Sonntag, den 03. März 2019  
um 11:00 Uhr  
in den Barockhäusern Würzburg  
Neubastraße 12, 97070 Würzburg**

statt.

Änderungs- und Initiativanträge können vorab an [info@jusos-unterfranken.de](mailto:info@jusos-unterfranken.de) gesendet werden. Bitte bringe Änderungsanträge wenn möglich in elektronischer Form mit und achte darauf, dass dein Unterbezirk und der Antrag, zu dem du Änderungen vorschlägst, in der Datei ersichtlich sind. Der Tagungsort ist vom Würzburger Hauptbahnhof mit der Straßenbahn (Haltestelle Neubastraße) erreichbar.

Anlagen:

- |   |      |
|---|------|
| - Vorgeschlagene Tagesordnung   | S. 2 |
| - Vorgeschlagene Geschäftsordnung   | S. 3 |
| - Anwesenheit der Mitglieder des Bezirksvorstandes in der Legislaturperiode 2017/18 | S. 5 |
| - Antragsbuch   |      |

Solidarische Grüße

Michael Reitmair  
Bezirksvorsitzender

**Vorgeschlagene Tagesordnung für die Bezirkskonferenz der Jusos im Bezirk Unterfranken 2019**

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Begrüßung durch den ausrichtenden Unterbezirk
3. Wahl eines Tagungspräsidiums
4. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Beschluss über Geschäfts- und Tagesordnung
6. Grußworte
7. Berichte
  - a. Rechenschaftsbericht
  - b. Gleichstellungsbericht
  - c. Finanzbericht
  - d. Aussprache zu den Berichten
8. Entlastung des Vorstandes
9. Vorstellung des Arbeitsprogramms
10. Abstimmung des Arbeitsprogrammes
11. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
12. Wahl des/der Vorsitzenden
13. Beschluss über die Anzahl der Stellvertreter\*innen
14. Wahl der Stellvertreter\*innen
15. Nominierungen für den Juso-Landesvorstand
16. Wahl der Delegierten zur Landeskonzferenz der Jusos Bayern
17. Antragsberatung
18. Verabschiedung der scheidenden Mitglieder des Bezirksvorstandes
19. Schlusswort des/der Bezirksvorsitzenden

## **Vorgeschlagene Geschäftsordnung für die Bezirkskonferenz der Jusos im Bezirk Unterfranken 2019**

1. Stimmberechtigt sind die gewählten Delegierten der Unterbezirke. Die unterfränkischen Mitglieder des Landesvorstandes nehmen mit beratender Stimme und Antragsrecht teil.
2. Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn zu Beginn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.
3. Wahlen erfolgen durch geheime Abstimmung entsprechend der Wahlordnung der SPD und den Richtlinien der Juso-Bezirksarbeitsgemeinschaft. KandidatInnenvorschläge für die Wahlen sind bis 12:00 Uhr schriftlich beim Präsidium einzureichen.
4. Beschlüsse der Bezirkskonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit es die Arbeitsrichtlinien nicht anders vorschreiben.
5. Personenwahlen finden grundsätzlich geheim statt. Dies gilt nicht für Empfehlungen zur Wahl in den Juso-Landesvorstand.

### **Antragsberatung**

6. Änderungsanträge und Initiativanträge sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Initiativanträge werden nur behandelt, wenn sie von mindestens 8 Delegierten aus mindestens zwei Unterbezirken unterstützt werden. Ende der Einreichungsfrist für Initiativ- und Änderungsanträge ist 13:30 Uhr.
7. Antragsberatungen sind in folgender Reihenfolge durchzuführen:
  1. Einbringung des Antrags
  2. Generaldebatte zum Antrag
  3. Beratung von vorhandenen Änderungsanträgen
  4. Abstimmung über den geänderten Gesamtantrag
8. Änderungsanträge sind so aufzurufen, dass die weitergehenden Änderungsanträge zuerst beraten werden. Wird ein Änderungsantrag nicht von dem/der AntragsstellerIn des Gesamtantrages übernommen, findet eine Änderungsantragsdebatte mit anschließender Abstimmung über den Änderungsantrag statt.
9. Zu Anträgen sind folgende Verfahrensanträge zulässig:
  1. Antrag auf Rücküberweisung an die antragsstellende Gliederung
  2. Antrag auf Überweisung
  3. Antrag auf Nichtbefassung
10. Verfahrensanträge sind nach dem Abschluss der Debatte vor der Abstimmung über den Gesamtantrag zu behandeln, sofern sie nicht ausdrücklich als Antrag auf Nichtbefassung gestellt werden.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur nach Beendigung der Abstimmung zulässig. Zu persönlichen Bemerkungen ist keine Aussprache zulässig.

### **Anträge zur Geschäftsordnung**

12. Zulässige Geschäftsordnungsanträge sind:
  1. Antrag auf Schluss der Redeliste
  2. Antrag auf sofortige Beendigung der Debatte
  3. Antrag auf Fortsetzung der Debatte

4. Antrag auf Verkürzung der Redezeit
5. Antrag auf sofortige Abstimmung

6. Antrag auf geheime Abstimmung
7. Antrag auf Neuauszählung der Stimmen
8. Antrag auf Nichtbehandlung eines Tagesordnungspunktes

13. Geschäftsordnungsanträge können zu jedem Zeitpunkt gestellt werden. Bei Geschäftsordnungsanträgen kann je ein RednerIn für und gegen den Antrag sprechen. Die Redezeit ist auf zwei Minuten beschränkt. Gibt es zu einem Geschäftsordnungsantrag keine Gegenrede, gilt dieser als angenommen.

14. Vor der Abstimmung eines Antrags auf Schluss der Redeliste oder sofortige Beendigung der Debatte ist die Redeliste zu verlesen. Weitere Meldungen für die Redeliste werden erst nach der Abstimmung entgegengenommen.

### **Redeliste**

15. Auf der Bezirkskonferenz haben alle JungsozialistInnen und geladene Gäste das Rederecht. Wortmeldungen sind beim Präsidium schriftlich einzureichen. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

16. Die RednerInnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort, sofern hierdurch den Erfordernissen der quotierten Redeliste Rechnung getragen wird. Den Mitgliedern des Vorstandes ist während der Aussprache über ihre Berichte auf Verlangen außer der Reihe das Wort zu erteilen. Sie sind dabei an die Redezeit gebunden.

17. Wird ein Antrag, Beschlussvorschlag oder Bericht durch einen Mann eingebracht und gibt es danach weibliche und männliche Wortmeldungen, wird zuerst einer Frau das Wort erteilt. Das Geschlecht der einbringenden Person wird jedoch nicht bei der weiteren Quotierung der Redeliste beachtet.

18. Die Redeliste auf der Bezirkskonferenz ist quotiert. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte beendet. Es kann durch eine Frau ein Geschäftsordnungsantrag auf Fortsetzung der Debatte gestellt werden. Die Gegenrede einer Frau hat Vorrang.

Findet der Antrag auf Fortsetzung der Debatte die Mehrheit oder erfolgt keine Gegenrede, wird die Debatte fortgeführt. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte dann beendet, wenn seit dem letzten Antrag auf Fortführung der Debatte zwei Redner das Wort hatte.

Hat seit der letzten Fortsetzung der Debatte keine Frau in der Debatte gesprochen, sind in der Abstimmung über einen Antrag auf abermalige Fortsetzung nur Frauen stimmberechtigt.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte ist unzulässig, bevor bei der Fortsetzung der Debatte wenigstens eine Rednerin das Wort hatte. Zwischen Gegenrede und der Abstimmung auf Fortsetzung der Debatte sind Wortmeldungen unzulässig.

**Anwesenheit der Mitglieder des Bezirksvorstandes in der Legislaturperiode 2018/19**

	22.04.2018	03.06.2018	15.07.2018	02.09.2018	04.11.2018	16.12.2018	29.01.2019
Michael Reitmair	Green						
Eva Maria Deppisch	Red	Green	Green	Red	Green	Green	Green
Melanie Tietze	Green	Green	Red	Green	Green	Green	Green
Nadja Mereien	Green	Red	Green	Red	Red	Green	Red
Thorsten Reppert	Green	Green	Green	Green	Red	Green	Green
Ariane Geiger	Red						
Simon Dümig	Red						
Lena Hose	Green						
Jannis Seufert	Green	Green	Red	Green	Red	Green	Green
Tobias Wüst	Red	Green	Red	Red	Red	Red	Green
Jörg Pischinger	Red						

1 Antragsstellende Gliederung: Bezirksvorstand

2 AdressatInnen: /

## 3 **X 1: Arbeitsprogramm der Jusos Unterfranken 2019/2020**

4

---

5 Der Bezirksvorstand der Jusos Unterfranken ist ein Gremium, das sowohl politische Veranstaltungen  
6 organisiert, als auch politisch inhaltlich arbeitet.

### 7 **Unsere Inhalte:**

#### 8 **Europawahl und Kommunalwahl**

9 In diesem Jahr wird das Europäische Parlament neu gewählt. Im Wahlkampf werden wir die  
10 Kandidierenden der SPD tatkräftig unterstützen und unsere jugendpolitischen Forderungen  
11 einbringen. Wir werden die Kampagne des Juso-Bundesverbands unterstützen und deren Aktionen  
12 nach Unterfranken holen. Neben den örtlichen SPD-Kandidatinnen werden wir auch die Juso-  
13 Spitzenkandidatin zur Europawahl bewerben.

14 Im kommenden Jahr finden in Bayern die Kommunalwahlen statt. Wir möchten Unterfrankens  
15 Kommunen mitgestalten. Deshalb haben wir bereits in der vergangenen Amtszeit des Juso-  
16 Bezirksvorstands damit begonnen junge Kandidierende zu empower. Dies werden wir bis zur  
17 Kommunalwahl weiter verfolgen. Darüber hinaus wollen wir unsere Inhalte in den SPD-  
18 Kommunalwahlprogrammen unterbringen und im Wahlkampf bewerben.

#### 19 **Frauen in unserem Verband**

20 Wir sind ein feministischer Richtungsverband, der sich die Förderung von politisch aktiven Frauen zur  
21 Aufgabe gesetzt hat. In unserer alltäglichen politischen Arbeit werden wir unsere Strukturen aus einer  
22 feministischen Perspektive kritisch betrachten und dementsprechend anpassen. Nur so können wir  
23 den Frauenanteil bei den Jusos Unterfranken nachhaltig erhöhen. Gemeinsam werden wir debattieren,  
24 ob es von uns beeinflusste oder beeinflussbare Umstände gibt, die insbesondere weiblich sozialisierte  
25 Menschen von uns fernhalten.

26 Wir werden weiterhin intensiv mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und der  
27 Frauenkommission der Jusos Bayern zusammenarbeiten.

28 Darüber hinaus wird ein Juso-Frauenplenum mit kurzem Rhetorikseminar stattfinden.

### 29 **Unsere Verbündeten:**

30 Auch im kommenden Jahr werden wir uns aktiv in die Themenwerkstätten (ehem. Kommissionen) der  
31 Jusos Bayern einbringen und so die inhaltliche Arbeit auch auf bayerischer Ebene vorantreiben. Ebenso  
32 sollen auch die anderen Juso-Bezirke zu unseren wichtigsten Partner\*innen gehören.

33 Neben den bereits im letzten Arbeitsprogramm genannten Organisationen werden wir uns auch mit  
34 anderen Jugendverbänden austauschen und eine Zusammenarbeit anstreben. Für unsere Arbeit gegen  
35 Rechtsextremismus werden wir uns in antifaschistischen Bündnissen engagieren und an der  
36 Organisation und Durchführung von Demonstrationen beteiligen.

### 37 **Konkrete Jahresplanung:**

1 Die Bezirksvorstandssitzungen werden regelmäßig, etwa alle acht Wochen, stattfinden. Zwischen den  
2 Vorstandssitzungen werden regelmäßige sowie anlassbezogene Telefonkonferenzen stattfinden. Die  
3 konstituierende Bezirksvorstandssitzung wird im Rahmen einer eintägigen Klausurtagung abgehalten  
4 werden.

5 Die Zusammenarbeit mit den Unterbezirken liegt uns besonders am Herzen. Aus diesem Grund wird  
6 der Bezirksvorstand eine regelmäßige Plattform anbieten, auf der sich die Unterbezirksvorsitzenden  
7 bzw. die Unterbezirksvorstände austauschen können. Um Fahrkosten und -zeiten zu sparen wird dies  
8 meist in Form von Telefonkonferenzen stattfinden.

9 Im August 2019 planen wir ein viertägiges Juso-Sommercamp gemeinsam mit den Jusos Oberfranken,  
10 Jusos Mittelfranken und Jusos Oberpfalz. Alle vier Bezirke werden sich an den Kosten des Camps  
11 beteiligen. Neben verschiedenen Freizeitaktivitäten wollen wir inhaltliche Workshops mit externen  
12 Referent\*innen anbieten.

1 Antragsstellende Gliederung: UB Schweinfurt / Kitzingen

2 AdressatInnen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-

3 Unterbezirks-, Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

## 4 **A 1: Meldepflicht der Arbeitgeber\*Innen von offenen Stellen**

5

---

### 6 **Forderung**

7 Wir fordern eine grundsätzliche Meldepflicht aller Arbeitgeber\*Innen für alle zu besetzenden Stellen  
8 in sämtlichen Berufsarten an die Bundesagentur für Arbeit. Die Stellenangebote sollen innerhalb von  
9 zwei Wochen online und kostenlos aufzugeben sein.

### 10 **Begründung**

11 Mit der Stellenmeldepflicht soll jede\*r Stellensuchende\*r das Recht erhalten, Einsicht in offene Stellen  
12 zu erhalten um sich auf eine Arbeitsstelle bewerben und demnach auch an einem  
13 Bewerbungsverfahren teilnehmen zu können.

14 Derzeit gibt es keine Meldepflicht für offene Stellen, sodass der Bundesagentur für Arbeit immer nur  
15 ein Teil des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots bekannt ist. Das Institut für Arbeitsmarkt- und  
16 Berufsforschung (Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit) erhebt mit einer  
17 repräsentativen Betriebsbefragung quartalsweise die Zahl der offenen Stellen. Beispielsweise gab es  
18 im September 2013 868.000 offene Stellen. Der Bundesagentur für Arbeit waren nur 51% dieser Stellen  
19 gemeldet (Meldequote). Infolgedessen bekommen viele potentielle Bewerber\*Innen gar nicht erst die  
20 Möglichkeit eine adäquate Arbeitsstelle ausfindig machen zu können.

21 Ferner sollen mit der Stellenmeldepflicht Arbeitnehmer\*Innen ihr Potentiale besser nutzen können,  
22 da sie auf mehr respektive überhaupt auf Stellenausschreibungen mit einer Bewerbung reagieren  
23 können. Viele Arbeitsstellen werden nämlich erst gar nicht ausgeschrieben, da sie bereits vorher über  
24 Beziehungen vergeben wurden.

25 Jede dritte Stelle in Deutschland wird einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und  
26 Berufsforschung (IAB) zufolge über persönliche Kontakte besetzt. Somit bekommen mehr  
27 Bewerber\*Innen eine Chance auf einen Arbeitsplatz.

28 Die Bundesagentur für Arbeit soll auf ihrer Website alle offenen Stellen darstellen. Die Stellenangebote  
29 sollen einfach zu finden, online und kostenlos aufzugeben und abzurufen sein. Von den  
30 Arbeitgeber\*Innen sind alle für eine Veröffentlichung erforderlichen Angaben vollständig an die  
31 Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln.

32 Jedoch sollen Stellen nicht von der Stellenmeldepflicht betroffen sein, wenn

- 33 – diese innerhalb eines Unternehmens oder Konzerns o.Ä. zu besetzen sind
- 34 – Auszubildende im Anschluss an eine Ausbildung angestellt werden
- 35 – die Beschäftigung maximal 14 Kalendertage andauert.

36

37

1 Quellen:

2 <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/178757/fachkraeftemangel?p=all>

3 <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Beziehungen-sind-die-besten-Jobvermittler-article19995334.html>

4 <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb2409.pdf>

1 Antragsstellende Gliederung: UB Aschaffenburg

2 AdressatInnen: Juso-Bezirkskonferenz

## 3 **A 2: Verbot von Nuklearwaffen**

4

---

5 Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (1) zu unterzeichnen  
6 und den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland zu erwirken.

### 7 **Begründung**

8 “Wir treten ein für den Abzug sämtlicher Atomsprengköpfe, die auf deutschem Boden lagern.” und:  
9 “Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von  
10 Atomwaffen durchzusetzen.” (Hamburger Programm der SPD) (2)

11 Dies sind die zentralen Aussagen des Hamburger Programmes der SPD aus dem Jahre 2007. Sie sind  
12 nicht Teil der Regierungspolitik Deutschlands geworden und harren der Verwirklichung.

13 Alle großen Fraktionen des Bundestages haben 2010 an die Regierung appelliert, sich dafür  
14 einzusetzen, daß die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden (3).

15 “Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland  
16 und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen” (Koalitionsvertrag 2018) (4). Der Satz findet sich  
17 wortgleich im Koalitionsvertrag 2013. Gerade diese Verhandlungen jedoch treten auf der Stelle.

18 Gleichzeitig ist das Risiko eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges weiterhin gegeben, wohl  
19 genauso hoch wie im kalten Krieg. Mindestens dreimal entging die Welt in früheren Jahren einem  
20 Atomschlag nur knapp (Kuba-Krise 1962, Fehlfunktion des sowjetischen Frühwarnsystems Sept. 1983,  
21 Manöver Able Archer November 1983) (5).

22 Die tiefe Besorgnis der Staaten über die katastrophalen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes wurde  
23 bereits 2010 bei der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag formell zum Ausdruck gebracht. 2013  
24 und 2014 gab es Regierungskonferenzen in dieser Sache (6). Norwegen, Mexiko und Österreich luden  
25 dazu ein. Gleichzeitig schlossen sich immer mehr Staaten der “Humanitären Initiative” an. Bei der  
26 Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag haben sich 159 Staaten, so viele wie nie, auf eine gemeinsame  
27 Erklärung geeinigt. Am 07.07.2017 haben dann von den 193 UN-Staaten 122 Staaten für die  
28 Verabschiedung eines Atomwaffenverbotsvertrags gestimmt. Statt sicherheitspolitischer Theorie  
29 werden hier die tatsächlichen Auswirkungen in den Mittelpunkt gerückt. Daher müssen die Waffen –  
30 wie bereits alle anderen Massenvernichtungswaffen erfolgreich- völkerrechtlich geächtet werden.

31 Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ist inzwischen von 69 Staaten formell unterzeichnet und von  
32 19 ratifiziert worden (Stand November 2018) (6), darunter von unserem Nachbarland Österreich. Die  
33 den Verbotsvertrag propagierende Organisation ICAN wurde mit dem Friedensnobelpreis 2017  
34 ausgezeichnet.

35 Ein Verbotsvertrag zu Atomwaffen würde den Atomwaffensperrvertrag mittels einer Rechtsnorm  
36 stärken. Es ist gelungen, bakteriologische und chemische Waffen zu ächten und weitestgehend zu  
37 vernichten. Beiden Abkommen sind fast alle Staaten der Welt beigetreten. Genau dies strebt die  
38 Initiative (engl. Humanitarian Pledge) bei den Nuklearwaffen an (7).

1 Es existieren Pläne für eine kontrollierte, schrittweise Abrüstung (8) mit einflussreichen Fürsprechern  
2 (9). Vorbild könnte die erfolgreiche Abschaffung der Mittelstreckenraketen sein (INF-Vertrag, aus dem  
3 sich die USA inzwischen zurückziehen wollen (10)).

4

5 Allerdings lagern in Deutschland, an nur noch einem Standort, nämlich in Büchel in der Eifel, noch ca.  
6 20 amerikanische Nuklearbomben (11), die im Rahmen der nuklearen Teilhabe im Kriegsfall durch  
7 deutsche Tornados transportiert würden. Sie sollen bis 2020 modernisiert werden. Diese Waffen sind  
8 heute (wörtliche Aussage W. Steinmeier, damals Außenminister) militärisch obsolet (12). Schon der  
9 ehemalige Außenminister Westerwelle der FDP hatte sich für ihren Abzug eingesetzt (13).

10 Eine Unterzeichnung des Vertrages zum Verbot von Kernwaffen (14) und ein Verbleib amerikanischer  
11 Atomwaffen in Deutschland schliessen sich jedoch aus. Die gleichzeitige völkerrechtliche Ächtung der  
12 Nuklearwaffen und eine Duldung amerikanischer taktischer Atombomben in Deutschland sind nicht  
13 langfristig möglich. Ein Abzug der in Deutschland verbliebenen amerikanischen Atomwaffen wäre ein  
14 Signal an das seinerseits aufrüstende Rußland. Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa wie in  
15 anderen Teilen der Welt würde möglich (15).

16 Das Thema scheint nur vordergründig nicht aktuell. In einer Umfrage haben sich 85% der Bundesbürger  
17 für einen Abzug der amerikanischen Atomwaffen ausgesprochen (16).

18 Der Antrag berührt konventionelle Rüstung/Abrüstung nicht.

19

20 Quellen:

21 1: humanitarian pledge (Wiener Dokument), beigefügt

22 2: Hamburger Programm der SPD von 2007, S. 24

23 3:<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/046/1804685.pdf>

24 4:Koalitionsvertrag 2018, S.148

25 5:[https://de.wikipedia.org/wiki/Able\\_Archer\\_83](https://de.wikipedia.org/wiki/Able_Archer_83)

26 6: <http://www.icanw.org/status-of-the-treaty-on-the-prohibition-of-nuclear-weapons/>

27 7: der Freitag, Nr. 22, 28. Mai 2015, S. 9

28 7: <http://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/offizielle-positionen/>

29 8:[https://de.wikipedia.org/wiki/Global\\_Zero#Global\\_Zero\\_Handlungsplan](https://de.wikipedia.org/wiki/Global_Zero#Global_Zero_Handlungsplan)

30 9: [https://de.wikipedia.org/wiki/Chuck\\_Hagel](https://de.wikipedia.org/wiki/Chuck_Hagel)

31 10:<https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>

32 11:[https://de.wikipedia.org/wiki/Fliegerhorst\\_B%C3%BCchel](https://de.wikipedia.org/wiki/Fliegerhorst_B%C3%BCchel)

33 12: [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nuklearwaffen-in-deutschland-steinmeier-fordert-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nuklearwaffen-in-deutschland-steinmeier-fordert-abzug-von-us-atombomben-a-618398.html)  
34 [abzug-von-us-atombomben-a-618398.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nuklearwaffen-in-deutschland-steinmeier-fordert-abzug-von-us-atombomben-a-618398.html)

35 13: [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-ueber-atomwaffen-abruestung-westerwelle-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-ueber-atomwaffen-abruestung-westerwelle-legt-sich-mit-clinton-an-a-680122.html)  
36 [legt-sich-mit-clinton-an-a-680122.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-ueber-atomwaffen-abruestung-westerwelle-legt-sich-mit-clinton-an-a-680122.html)

- 1 14: Vereinte Nationen A/CONF.229/2017/8
- 2 15: [https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffenfreie\\_Zone](https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffenfreie_Zone)
- 3 16: [http://www.icanw.de/neuigkeiten/forsa-umfrage-ueberwaeltigendes-votum-fuer-abzug-und-](http://www.icanw.de/neuigkeiten/forsa-umfrage-ueberwaeltigendes-votum-fuer-abzug-und-verbot-von-atomwaffen/)
- 4 [verbot-von-atomwaffen/](http://www.icanw.de/neuigkeiten/forsa-umfrage-ueberwaeltigendes-votum-fuer-abzug-und-verbot-von-atomwaffen/)

- 1 Antragsstellende Gliederung: UB Schweinfurt / Kitzingen
- 2 AdressatInnen: Jusos-Bezirkskonferenz Unterfranken, Jusos-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
- 3 SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

## 4 **A 3: Verkehrswende**

5

---

### 6 **Forderung**

7 Wir fordern die Streichung der Mehrwertsteuer beim Kauf von Fahrrädern ausgenommen E-Bikes.

8

### 9 **Begründung**

10 Anreize, um auf das Fahrradfahren umzusteigen, müssen geschaffen werden. Wir müssen uns bewusst  
11 sein, dass langfristig nur Alternativen zum klassischen Auto unserem Klima helfen können.

1 Antragsstellende Gliederung: UB Schweinfurt / Kitzingen

2 AdressatInnen: BeKo Jusos, LaKo jusos, Landesparteitag SPD, Bezirksparteitag SPD

### 3 **A 4: Buchen bleiben, bitte! Buchen bitte bewahren!**

4

---

5 2014 wurde mit dem „Hohen Buchenen Wald im Ebracher Forst“ ein Kerngebiet des geplanten  
6 Nationalparks Steigerwald in einem rechtsstaatlich einwandfreiem Verfahren als Geschützten  
7 Landschaftsteil ausgewiesen.

8 Jedoch erwirkte die Bayrische Staatsregierung die Aufhebung eben dieser Schutzzone unmittelbar im  
9 Anschluss und war damit im August 2015 erfolgreich, da die Verordnung zum Geschützten  
10 Landschaftbestandteil durch die Regierung von Oberfranken aufgehoben wurde.

11

12 Ob dieses Vorgehen geltendem Recht entspricht, steht hierbei in Frage. Der Bund Naturschutz und  
13 der Landesbank für Vogelschutz reichten eine Normenkontrollklage beim Bayerischen  
14 Verwaltungsgerichtshof ein.

15

16 Seit Dezember 2018 werden im Hohen Buchener Wald massive Holzeinschläge vorgenommen. Die  
17 Abholzung der dicken Bäume kommt einer Biodiversitätskatastrophe gleich, bedenkt man, dass mit  
18 jedem Einschlag die natürliche Waldentwicklung, die 2014 erfolgreich begonnen wurde erneut  
19 unterbrochen wird. Bei den gefällten Buchen handelt es sich teilweise um bis zu 170 Jahre alte  
20 Bäume. Diese natürlichen CO<sub>2</sub>- Speicher sind unersetzlich. Der komplette Wald ist unersetzlich und  
21 nicht nur Lebensraum für wilde Pflanzen und Tiere, sondern auch ein Naturerbe, das es zu bewahren  
22 gilt.

23

24 Wir fordern daher die Landtagsfraktion auf, sich deutlich gegen die Fällarbeiten im Hohen Buchener  
25 Wald zu stellen und sich gemeinsam mit Umweltschutzverbänden und -organisation gegen diesen Eingriff  
26 zu positionieren.

1 Antragsstellende Gliederung: UB Aschaffenburg

2 AdressatInnen: Bezirkskonferenz Jusos Unterfranken

### 3 **A 5: Widerspruchslösung bei Organspenden einführen**

4

---

#### 5 **Forderung**

6 Die SPD setzt sich für die zügige Einführung der Widerspruchslösung zur Förderung der Organspenden  
7 ein.

#### 8 **Begründung**

9 Im Jahre 2017 ist die Zahl der für Transplantationszwecke gespendeten Organe in Deutschland erneut  
10 gesunken. Wir haben inzwischen den niedrigsten Stand an Organspenden seit 20 Jahren (1)! Für die  
11 Tausenden auf Organe Wartenden ist es oft ein Wettlauf mit dem Tod. Dabei befürworten die meisten  
12 Deutschen prinzipiell die Organspende (2). Die verschiedenen Skandale um Organspenden, die das  
13 Vertrauen der Menschen in den Umgang mit ihren Organen beschädigt hatten, sind weithin aufgeklärt.

14 Die bisherige aufwendige und bürokratische Regelung („Entscheidungslösung“) (3) ist somit gänzlich  
15 gescheitert. Obwohl jeder informiert sein könnte, hat das System mit Informationen durch die  
16 Krankenkassen alle zwei Jahre versagt. Ein Systemwechsel ist erforderlich (4). Appelle waren  
17 wirkungslos (5).

18 Im Hamburger Parteiprogramm wird das Thema nicht berührt. Im Koalitionsvertrag 2018 wollen die  
19 Partner eine Erhöhung der Zahl der Organspenden. Eine verbindliche Freistellungsregelung für  
20 Transplantationsbeauftragte, wie vorgesehen, und höhere Vergütung der Organspenden wird das  
21 Problem jedoch allein kaum lösen (6).

22 Für eine Widerspruchslösung hat sich die überwiegende Mehrzahl unserer europäischen  
23 Nachbarländer entschieden. Inzwischen setzt sich auch der Ärztekammerpräsident (7) und der  
24 Deutsche Ärztetag (8) dafür ein. In den liberalen Niederlanden ist Jahresanfang ebenfalls ein  
25 Systemwechsel zu einer Widerspruchslösung erfolgt. Unter den großen europäischen Ländern gilt die  
26 Zustimmungslösung nur noch in Großbritannien.

27 Eine probate Lösung für diejenigen, die Organspende prinzipiell ablehnen, könnte ein elektronisches  
28 Register sein, in welches man sich eintragen und das kurzfristig abgefragt werden kann. Dies wird z.B.  
29 von Karl Lauterbach vorgeschlagen. Ein unzulässiger Eingriff in Persönlichkeitsrechte oder ethische  
30 Vorstellungen findet damit nicht statt. Auch undefiniertem Misstrauen wird vorgebeugt.

31 Das rechtfertigende Prinzip für einen Systemwechsel ist die steigende Zahl der durch Fehlen von  
32 Transplantaten, vor allem Nieren, leidenden Patienten. Das ethische und rechtliche Fragen berührende  
33 Thema könnte im Bundestag vom Fraktionszwang befreit werden. Eine zügige Änderung des  
34 Transplantationsgesetzes ist nötig.

35 Täglich sterben statistisch gesehen drei Menschen aufgrund fehlender Spenderorgane (9). Solidarität  
36 mit den vielen schwerkranken, auf ein Transplantat Wartenden bedeutet, keine weiteren  
37 unzureichenden Maßnahmen zu unterstützen, sondern einen Systemwechsel zu einer effektiven  
38 Lösung, wie er in fast allen unseren Nachbarländern üblich ist. Es kann von den Bürgern erwartet  
39 werden, dass bei Ablehnung einer Organspende das Nein in einer Registereintragung formuliert wird.

- 1 Quellen:
- 2 (1) Jahresbericht der Deutschen Stiftung Organtransplantation 2017
- 3 (2) BzgA, aktuelle Umfrage
- 4 (3) Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Antworten auf wichtige Fragen)
- 5 (4) Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag 2017,
- 6 (5) Anträge zum ordentlichen Bundesparteitag 2017, G20
- 7 (6) Koalitionsvertrag 2018, Kapitel Gesundheit und Pflege
- 8 (7) Deutsches Ärzteblatt, Heft 16, 2018
- 9 (8) deutsches Ärzteblatt, 10.5.2018
- 10 (9) Deutsche Stiftung Organtransplantation in Main-Echo, 29.5.2018

- 1 Antragsstellende Gliederung: UB Würzburg-Stadt  
2 AdressatInnen: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-  
3 Bundskongress

#### 4 **A 6: Solidarität mit #Fridaysforfuture**

5

---

6 Es benötigt drastische Maßnahmen um die herrschende Ungleichheit zu überwinden. Seit einiger Zeit  
7 gibt es die von Schüler\*innen ins Leben gerufenen Initiative #fridaysforfuture. In dieser setzen  
8 Schüler\*innen aus aller Welt ein Zeichen gegen die fortwährende Umweltverschmutzung und eine  
9 unverantwortliche Klimapolitik. Denn es sind die jungen Menschen, die die Konsequenzen des  
10 Klimawandels ausbaden werden.

11 Auch in Würzburg gingen am 18.01 Schüler\*innen zu tausenden auf die Straße, um für eine bessere  
12 Umweltpolitik zu streiken. Wir begrüßen es ausdrücklich wenn junge Menschen sich politisch  
13 engagieren und sich für ihre Zukunft einsetzen! Deswegen unterstützen wir als Würzburg SPD die  
14 Initiative #fridaysforfuture!

15 Wir fordern, dass Schülerinnen und Schüler, welche an den „Fridays For Future – Demonstrationen“  
16 teilnehmen nicht von den Schulleitungen bestraft werden. Es müssen Wege gefunden werden den  
17 Schüler\*innen die Teilnahme an den Demonstrationen zu ermöglichen, ohne das sie Unterrichtsstoff  
18 verpassen und Gefahr laufen Ärger zu bekommen.

19 Auch unsere Partei muss endlich verstehen, dass Klimaschutz keine Verhandlungsmasse ist. Viel zu  
20 lange wurde das Thema von uns nachrangig behandelt. Dass tausende Schüler\*innen für einen echten  
21 Klimaschutz auf die Straße gehen muss für uns ein Weckruf sein. Ihnen gilt unsere volle Solidarität und  
22 Unterstützung!

23

1 Antragsstellende Gliederung: UB Würzburg-Stadt

2 AdressatInnen: Juso BeKo, Juso LaKo, Juso BuKo, SPD-BezPT, LPT, BPT

### 3 **A 7: Generelles Tempolimit für PKW, LKW und Bus**

4

---

5 Die Diskussion um ein Tempolimit ist mittlerweile schon uralte. Es gibt ökologisch und ökonomisch  
6 ausschließlich Vorteile die daraus resultieren, dem entgegen steht das subjektive Spaßempfinden  
7 weniger, die gerne mit 250 km/h über die Autobahn fahren. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist für das  
8 Tempolimit. Auch deswegen ist es nicht nachvollziehbar warum die SPD es nicht schafft, dem  
9 Koalitionspartner in dieser Debatte die Stirn zu bieten und sich dem Widerstand, der vor allem von  
10 Lobbyisten der Autoindustrie getragen wird, entgegenzusetzen. Einige belegbare Vorteile des  
11 Tempolimits sind:

12

- 13 - Die Reduktion von Emissionen.
- 14 - Ein deutlich geringerer Benzin und Kraftstoffverbrauch.
- 15 - Eine geringere Feinstaubbelastung.
- 16 - Eine geringere Abnutzung der Straßen.
- 17 - Verringerung der Anzahl und Länge von Staus.
- 18 - Weniger schwere Unfälle mit Personen- und Sachschäden.

19

20 Wir wollen deshalb nochmal den Beschluss der SPD erneuern und fordern:

21

- 22 1. Die Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen von 130 km/h.
- 23 2. Ein generelles Tempolimit für LKW von 75 km/h.
- 24 3. Ein generelles Tempolimit für Busse von 90km/h.
- 25 4. Ein generelles Überholverbot für LKW auf allen Straßen.

26

27 Das Tempolimit abzulehnen entbehrt jeglicher rationaler Grundlage. Es geht um Menschenleben, die  
28 hier aufs Spiel gesetzt werden, nur wegen dem vermeintlichen Fahrspaß weniger und wegen  
29 Lobbyinteressen. Daran darf sich die SPD nicht beteiligen! Es gibt zahlreiche Beispiele aus anderen  
30 Ländern und Deutschland, in denen das Tempolimit Wirkung zeigt. Es ist Zeit das auch Deutschland  
31 diesen Beispielen folgt.